



Ausschuss für Europa und Internationales

36. Sitzung (öffentlich)

25. September 2020

Düsseldorf – Haus des Landtags

09:30 Uhr bis 09:50 Uhr

Vorsitz: Dietmar Brockes (FDP)

Protokoll: Gertrud Schröder-Djug

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

- | | | |
|--------------|---|--------------|
| 1 | Digital Services Act (<i>Bericht beantragt von der SPD-Fraktion</i>) | 3 |
| | Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/3861 | |
| | – Wortbeiträge | |
|
2 |
Verfügbarkeit der europäischen Mittel des Fonds für einen gerechten Übergang für Vorhaben in NRW (<i>Bericht beantragt von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN</i>) |
5 |
| | Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/3897 | |
| | – Wortbeiträge | |

3 Die Rolle der Regionen in Europa stärken 6

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/10852

– Wortbeiträge

Der Ausschuss stimmt dem Antrag Drucksache 17/10852 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der AfD-Fraktion bei Enthaltung der SPD-Fraktion zu.

4 Verschiedenes 8

- a) Broschüre des Ausschusses der Regionen 8**
- b) 75 Jahre Nordrhein-Westfälische und Deutsch-Britische Freundschaft 8**
- c) Frage von Rüdiger Weiß (SPD) 8**

* * *

1 **Digital Services Act** (Bericht beantragt von der SPD-Fraktion)

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/3861

Rüdiger Weiß (SPD) bedankt sich für den Bericht. Er habe einige Fragen zu den Ausführungen. Auf Seite 3 sei zu lesen, dass aus Sicht der Landesregierung eine bestehende Behörde beauftragt und keine neue Behörde geschaffen werden sollte, um dort tätig zu werden, was die Fragen der Aufsicht angehe. Er frage, ob es eine Konkretisierung gebe, welche Behörde das sein sollte.

In dem Bericht würden vorsichtige, weiche Formulierungen gewählt. Auf Seite 2 im letzten Absatz heiße es: „Darüber hinaus sollte es die Möglichkeit geben, einzelnen großen Online-Plattformen mit Torwächter-Position von Fall zu Fall maßgeschneiderte Abhilfemaßnahmen aufzuerlegen.“ Es wäre schön, wenn der Minister konkretisieren könnte, in welche Richtung die Gedankengänge gingen.

Florian Braun (CDU) bedankt sich für den ausführlichen Bericht. Es werde deutlich, dass das Thema eines sei, das man in den nächsten Monaten, wenn nicht auch Jahren weiter im Blick behalten werden sollte, weil es von der Bedeutung und Größenordnung her vergleichbar sei mit den Auswirkungen der Datenschutzgrundverordnung und Ähnlichem. Es sei insbesondere für den digitalen Markt sehr interessant. Für den Moment zeige es auf, dass die Landesregierung an den wesentlichen Gesprächen beteiligt sei. Er wüsste gerne, inwiefern die Grenzen der Interoperabilität technischerseits gesehen würden, ob das ein Punkt sei, bei dem man schon eine Position eingenommen habe, neben den rechtlichen Aspekten, sich zu überlegen, wie sehr das möglicherweise in die Geschäftsmodelle der einzelnen Anbieter eingreife, oder ob das tatsächlich ein wesentlicher Bestandteil einer solchen Neuerung sein könne.

ORR'in Jennifer Gerwing (MWIDE) kommt auf die Frage zurück, welche Behörde das sein könne. Erst einmal habe die Kommission wissen wollen, wo die Aufsicht angegliedert sein solle, ob sie beispielsweise auf EU-Ebene sein sollte. Das habe die Landesregierung bejaht, weil man sage – es gehe hier um die Gatekeeper –, dass die Gatekeeper international tätig seien und auf Augenhöhe beaufsichtigt werden sollten.

Die Kommission habe es so formuliert, dass man annehmen könnte, dass eine neue Behörde geschaffen werden solle. Da habe man gedacht, dass möglichst ohne Bürokratie und mit wenig Aufwand eine Behörde, die hinterher als geeignet angesehen werde, betraut werden sollte und man keine neue Behörde schaffen wolle. So konkret, dass sie jetzt sagen könne, welche Behörde das sein solle, so tief sei es noch nicht gegangen. Das sei erst einmal eine Positionierung, dass man es auf Augenhöhe, auf europäischer Ebene haben wolle.

Zu der Frage mit den maßgeschneiderten Abhilfemaßnahmen: Da sei die Kommission sehr offen gewesen. Es sollte eine Art Werkzeugkoffer bestehen, dass man schaue, was der Gatekeeper mache, dass man dann mit dem richtigen Werkzeug reagieren

könne, ohne fixe Instrumente vorzugeben. Das sei eine bewusst offen gehaltene Antwort gewesen.

Zu den Grenzen der Interoperabilität: Das Ministerium habe sich dazu geäußert, welche Pflichten den Gatekeepern auferlegt werden sollten. Das sei beispielsweise die Vermeidung von Login-Effekten, Service-Interoperabilität und Daten-Portabilität und auch Transparenzverpflichtungen. Unter der Service-Interoperabilität verstehe man auch, dass wenn, Gatekeeper Angebote machten, diese auch mit anderen kompatibel sein sollten.

2 Verfügbarkeit der europäischen Mittel des Fonds für einen gerechten Übergang für Vorhaben in NRW *(Bericht beantragt von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)*

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/3897

Berivan Aymaz (GRÜNE) möchte wissen, ob es vonseiten des Landes eine Initiative gebe, um sicherzustellen, dass die JTF-Mittel nicht nur den im Strukturstärkungsgesetz berücksichtigten Standorten zukämen, sondern auch all jenen Standorten, die besonders von der Transformation zu einer klimaneutralen Wirtschaft betroffen seien. Dann würde sie auch interessieren, wo diese Initiative ganz konkret angesiedelt sei.

Minister Dr. Stephan Holthoff-Pförtner (MBEI) antwortet, die JTF-Mittel seien vorgesehen für die von wirtschaftlichen und sozialen Begleiterscheinungen am schlimmsten betroffenen Regionen. Die Entwicklungen hätten die Politiker verfolgt. Nun könne die Landesregierung den Beschluss des Koalitionsausschusses nicht nachvollziehen, weder politisch noch wirtschaftlich noch rechtlich. NRW sei aktiv geworden innerhalb der Europaministerkonferenz und habe darauf hingewiesen, dass es nicht wahr sein könne, dass europäische Mittel, die einen europäischen Mehrwert zeigen sollten, in dieser Situation zur Refinanzierung von Nationalstaaten missbraucht würden. Er halte das rechtlich und politisch für bedenklich. Das MWIDE, vertreten durch den Minister Herrn Pinkwart, sei mit der gleichen Absicht beim Kanzleramt und beim Bundeswirtschaftsminister vorstellig geworden. Wie wirksam das sei, könne er nur im Moment noch nicht sagen. Man sei in Diskussionen. Die Landesregierung halte das für einen völlig inakzeptablen Vorgang.

3 Die Rolle der Regionen in Europa stärken

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/10852

(Überweisung des Antrags am 17. September 2020 an den Ausschuss für Europa und Internationales)

Dr. Marcus Optendrenk (CDU) bedankt sich bei allen Kolleginnen und Kollegen, die im Plenum diesen wertvollen Antrag unterstützt hätten, zumindest Zustimmung signalisiert hätten. Es sei in der Tat so, dass man sehe, dass Europa in schwierigen Zeiten am besten dort funktioniere, wo man gemeinsam, auch gerade in den Grenzregionen arbeite, wo man Erfahrungen austausche, wo man lerne, was in der Krise funktioniere und was nicht so gut funktioniere.

In der Debatte sei unter anderem auf die Benelux-NRW-Corona-Taskforce hingewiesen worden. Auch das sei ein Vorreiterprojekt. Da sollte man jetzt nicht stillstehen, sondern sollte schauen, wie man das ausrollen könne, wie man das weiter mit Leben erfüllen könne.

Es zeige sich, dass der Ausschuss der Regionen, insbesondere in seiner zukünftigen Ausrichtung, da einen Beitrag leisten könne, dass das, was in einer föderalen Struktur ganz selbstverständlich sei, dass man nämlich von unten nach oben und von oben nach unten Austausch pflege, in Europa, in den Institutionen so funktioniere. Da die europäischen Strukturen aufgrund ihrer Gründungsgeschichte noch ein Stück zentraler ausgerichtet seien, als man das in Deutschland kenne, sei der Ausschuss der Regionen jedenfalls ein Mittel, um, wenn man ihn stärkte, diesen Ausschuss zu intensivieren. Er bedanke sich bei allen, die das so unterstützen würden.

Sven Werner Tritschler (AfD) begrüßt die Überschrift des Antrags. Subsidiarität sei seiner Fraktion auch ein Anliegen. Wenn man es ernst meine, hätte man sich kritisch mit der Lage auseinandersetzen müssen, entweder in einer Anhörung oder zumindest schon im Antrag, insbesondere auch kritisch mit der Rolle, die der AdR spiele oder auch nicht spiele. Das sei alles nicht der Fall. Der Antrag sei ein „Schad-nichts-nutzt-nichts-Antrag“. Seine Fraktion stimme dagegen.

Rüdiger Weiß (SPD) kommt darauf zurück, dass Kollege Optendrenk den Antrag „wertvoll“ genannt habe. So weit würde er nicht gehen, er würde sagen, er gehe in die richtige Richtung. Wie schon im Plenum ausgeführt, fehlten seiner Fraktion ein paar Dinge. Wenn man den AdR wirklich ernst nehme und das, was die Taskforce beschrieben habe, dann müsste man deutlich mehr Gewicht auf die Beteiligung der kommunalen und anderen Parlamenten legen. Das komme in dem Antrag zu kurz. In dem Zusammenhang könne er sagen, dass die Konferenz zur Zukunft Europas sicher eine gute Sache sei. Das sei unterstützenswert.

Er weise darauf hin, dass das Ernstnehmen des AdR und das Ernstnehmen der gesamten Europapolitik sicherlich gut aufgehoben sei, wenn man es bei den Grenzregionen anwende. In diesem Ausschuss werde deutlich, dass viele Abgeordnete aus den Grenzregionen kämen und das thematisierten. Da sei nicht in Abrede zu stellen. Aber Europa finde nun auch im Hochsauerlandkreis, im tiefsten Ruhrgebiet und in Ostwestfalen statt. Er glaube, wenn man das weitere Zusammenwachsen von Europa wirklich ernst meine, dann müsse man die Aussage, dass der AdR eine wichtige Funktion habe, deutlich ernster nehmen, dann müsse man die Kommunalparlamente, die Leute vor Ort mit einbeziehen. Und das – das habe er im Plenum bereits ausgeführt – komme in diesem Antrag, der in die richtige Richtung weise, ein bisschen zu kurz. Seine Fraktion werde sich an dieser Stelle enthalten.

Thomas Nückel (FDP) führt aus, wenn Kollege Weiß nicht wisse, warum man den Antrag wertvoll nennen könne, dann meine er bestimmt, dass man ihn unbezahlbar sinnvoll nennen könne. Wenn die SPD ein bisschen Prosa vermisse, dann sei es auch manchmal gut, wenn man Anträge schlank formuliere. In dem Antrag werde deutlich hervorgehoben, dass die Kommunen dabei eine wichtige Rolle spielten.

Durch Umfragen wisse man, dass kommunale und regionale Gebietskörperschaften bei den Bürgerinnen und Bürgern größeres Vertrauen als manch andere Ebene genießen würden. Der enge Draht sei in dem Antrag auch formuliert, der enge Draht zwischen den regionalen und kommunalen Gebietskörperschaften und Brüssel werde auch durch diesen Antrag gepflegt.

Der Ausschuss stimmt dem Antrag Drucksache 17/10852 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der AfD-Fraktion bei Enthaltung der SPD-Fraktion zu.

4 Verschiedenes

a) Broschüre des Ausschusses der Regionen

Vorsitzender Dietmar Brockes verweist auf die neue Broschüre des Ausschusses der Regionen, die an die Ausschussmitglieder verteilt werde. Er bedanke sich bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Landesvertretung in Brüssel, die heute mit Herrn Stein an der Spitze an der Sitzung teilnahmen.

b) 75 Jahre Nordrhein-Westfälische und Deutsch-Britische Freundschaft

Minister Dr. Stephan Holthoff-Pförtner (MBEI) macht darauf aufmerksam, dass im Jahre 2021 die 75 Jahre Nordrhein-Westfälische und Deutsch-Britische Freundschaft gefeiert werden solle. Es gebe Planungen, dass zusammen mit einer Militärparade und mit Konzerten zu machen, es gebe auch Planungen für ein britisches Festival. Das liege im Einzelnen noch nicht fest. Das werde vom Generalkonsulat in Düsseldorf, von der Botschaft und auch von Kollegen aus der Verwaltung und dem Landtag organisiert.

Er verweise auch auf 75 Jahre Deutsch-Britische Schul- und Jugendbewegungen. Das sollte auch eine Rolle spielen. Anregungen nehme das Ministerium gerne auf. Das eine oder andere werde man Corona-gerecht veranstalten müssen, weil die Lage sich noch nicht verändert habe. Man befinde sich in der Planung. Er lade jeden ein, dabei mitzumachen.

c) Frage von Rüdiger Weiß (SPD)

Rüdiger Weiß (SPD) gibt an, in diesem Ausschuss gebe es nicht nur wertvolle Anträge, sondern auch wertvolle Fragen. Vor drei Wochen im letzten Ausschuss seien Fragen zu den europapolitischen Leitlinien der Landesregierung gestellt worden. Der Minister habe versprochen, er würde die Fragen beantworten. Bis heute lägen die Antworten nicht vor. Er mahne an, die gestellten Fragen zeitnah zu beantworten.

Minister Dr. Stephan Holthoff-Pförtner (MBEI) erwidert, er habe gerade mitgeteilt bekommen, die Antworten seien übersandt worden. Die Antworten auf die Fragen zu den europapolitischen Prioritäten, MFR und Neuausrichtung der Wirtschaftsförderung seien übersandt worden.

gez. Dietmar Brockes
Vorsitzender

15.10.2020/27.10.2020

23